An
Herrn Oberbürgermeister
Dr.Bernhard Matheis
66953 Pirmasens

16.01.2011

Betreffs: **Offener Brief an die CDU zu:**
„ Keine Vierbettzimmer im Krankenhaus “,
„ Höchstens 3 Wochen Wartezeit auf Facharzttermin “ etc.

Bezug: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 27.12.2010,
RHEINPFALZ AM SONNTAG vom 16.01.2011,

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Matheis,

Ich wende mich an Sie als CDU-Vorsitzenden in Pirmasens. Am 18.12.10 hatten Dr. Springer und ich in der RHEINPFALZ u.a. Gründe unserer Wartezeiten dargelegt. Mit großem Interesse las ich dann in der SZ vom 27.12.10 das Interview mit Herrn Jens Spahn, der kurz zuvor als „ CDU-Nachwuchspolitiker 2010 “ ausgezeichnet worden war. Laut RHEINPFALZ AM SONNTAG vom 16.01.11 sollen seine Forderungen jetzt CDU-Grundlage für Gesundheitspolitik werden.

3 Wochen Wartezeit für Facharzttermin sind bei gegebener Indikation anzustreben- aber nur realisierbar, wenn der Fordernde seinen Anteil dazu beiträgt. Dies heisst für die Regierungspartei CDU:

I .) Abbau der politisch verursachten Überbürokratisierung der Medizin: Je mehr immer komplexere Bürokratie uns für den Einzelnen aufgebürdet wird, um so länger ist die vom Arzt nicht beeinflussbare Wartezeit des nächsten Patienten.

II.) Abbau des politisch verursachten „ Sozialen Verschiebebahnhofes “: Ihre Parteikollegin, Frau von der Leyen, kann die „ Vorstellung “ von lediglich ca. 3 Millionen Arbeitslosen in Deutschland und ca. 12 % in Pirmasens nur aufrecht erhalten, wenn Weitere arbeitsunfähig geschrieben sind und Andere sich in Massnahmen befinden- auch abseits jeden realen Reintegrationscharakters. Das Erste erhöht uns unmittelbar und das Zweite mittelbar die Praxisfälle. Beides steigert die Wartezeiten real Kranker.

Seit Stadtratsantrag vom 30.03.09 habe ich nicht den Eindruck, dass die Praxisbelastung z.B. durch die ungelösten Probleme mit Langzeitarbeitslosen abnimmt- d.h. die Wartezeit für real Kranke abnimmt. D.h. ich halte die Problematik für kommunal unlösbar und bitte Sie um Weiterleitung in:

I .) Die Partei zwecks Erledigung ihrer o.a. „ Hausaufgaben “ auf Bundesebene;

II.) Den Deutschen Städtetag: Verlagert der Bund bzw. seine BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT Probleme der Arbeitslosigkeit statt sie zu lösen in die Kranken- und Rentenkassen werden sie nach deren Erschöpfung soziale Kosten. Somit verlagert der Bund langfristig in die kommunalen Kosten … Ihr Thema. Kommunale Gesundheitsversorgung, die nicht nur Krankenhaus ist, wird schlechter, Wartezeiten steigen wie o.a. etc.

Vielen Dank im Voraus
Dr.med.K.-J. Klees
www.klees-net.de/bahnhof.html